

Stufendemokratie als Weg zur einer parteilosen freiheitlichen Gestaltung des politischen Lebens

Das Votum für den Brexit, hat einerseits Bestürzung, andererseits Freude ausgelöst. In Deutschland überwog wohl die Bestürzung, jedenfalls in den Medien. Bestürzung worüber?

Bestürzung, dass das Werk der europäischen Einigung zu zerbrechen droht, dass die überwunden geglaubten Nationalismen wieder aufleben, dass die Grenzen zwischen den Staaten und Völkern wieder hochgezogen werden könnten, dass vielleicht sogar die europäischen Kriege vergangener Jahrhunderte erneut ausbrechen. Bestürzung, dass Europa sich aus der Globalisierung ausklinken und auf ein Nebengleis der Weltgeschichte geraten könnte, dass die Weltmächte USA und China die Zukunft unter sich ausmachen könnten und Europa zu einer die Vergangenheit neu belebenden weltgeschichtlichen Provinz retardiert.

Und auf der anderen Seite Freude. Freude worüber? Freude, dass dem Brüsseler Moloch ein Schlag versetzt wurde, dass die Mehrheit der britischen Nation sich ermannte, ihre Angelegenheiten wieder in die eigene Hand zu nehmen, dass endlich einmal nicht Wirtschaftsinteressen die Entscheidung prägten, sondern der Wille, das eigene Leben selbst zu gestalten. Freude, dass die Brüsseler Geheimverhandlungen TTIP und CETA damit wohl auch ad acta gelegt werden dürften. Hoffnung, dass sich andere Nationen den Briten anschließen werden, dass die europäischen Traditionen und Überlieferungen nicht weiter zertrümmert werden, dass sich ein neues Europa formiert, ein Europa à la Schweiz: die Nationen organisiert nach dem kantonalen Prinzip, so dass jede Nation wie jeder Schweizer Kanton selbst erledigt, was sie selbst erledigen kann und es so gestaltet, wie sie es richtig findet und nur das Gemeinsame und Verbindende unter den Nationen abgestimmt wird, Europa als Hort der Selbstbestimmung, des Rechts und des Friedens, ein Ausstrahlungszentrum der politischen Weltkultur.

Zwischen diesen beiden gegensätzlichen Sichtweisen scheint keine Überbrückung möglich zu sein. Was ist schief gelaufen, dass das Europaprojekt in diese Krise geraten ist?

In England wurde die Demokratie geboren, nicht als abstraktes Programm, sondern als Lebensempfindung. Zunächst gelang es dem höheren Adel, dem König das Recht abzutrotzen, die eigenen Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Dem höheren Adel folgte der niedere Adel, diesem das Bürgertum, diesem die Unterschicht und dieser schließlich die bisher von der Politik in allen gesellschaftlichen Schichten ausgeschlossenen Frauen. Ähnliche Entwicklungen vollzogen sich in anderen Formen mit unterschiedlichen Verzögerungen in allen europäischen Ländern, und heute breiten sie sich über den ganzen Globus aus.

Damit brachten sich erstmalig die Einzelnen in die Geschichte ein. Dieser Prozess wurde aber bisher nur halb vollzogen, denn der politisch erwachte Mensch musste seine politische Tätigkeit – wozu auch die Wahlen gehören – mit den seit der Römerzeit in den verschiedensten Formen überlieferten Machtstrukturen der jeweiligen Staaten verbinden, die im Idealfall durch die Trennung von Legislative, Executive und Judikative demokratisiert und dem Bevölkerungswillen unterworfen wurden, jedenfalls in der Theorie.

Der Macht unterworfen zu sein, heißt einer Fremdbestimmung unterworfen zu sein. Macht auszuüben heißt, andere Menschen fremdzubestimmen, so dass sie nicht tun können, was sie wollen und nicht so leben können, wie sie es wollen.

Ist diese Fremdbestimmung in den Demokratien geringer oder größer als während der Adels Herrschaft?

Hierüber dürften die Meinungen auseinander gehen. Viele – so auch ich – sehen eine sich von Jahr zu Jahr verstärkende Fremdbestimmung. Das Angestrebte scheint sich immer in das Gegenteil zu verkehren. Davon, dass die Völker sich selbst regieren, erwartete man eine Periode des Friedens, weil der einfache Mensch Frieden wünscht und früher von den Adelskreisen in Kriege gezogen wurde, die mit seinen eigenen Interessen wenig bis gar nichts zu tun hatten. Warum sollte nicht Frieden eintreten, wenn die Nationen sich selbst regieren und mit anderen Nationen den gewünschten Frieden vereinbaren?

Doch das Gegenteil ist eingetreten. Keine Nationen haben so viele Kriege geführt wie die britische und ihre weltpolitische Nachfolgerin, die US-amerikanische. Und die Kriege und Machtkämpfe scheinen kein Ende zu nehmen.

Eine seit Jahrhunderten aufkommende und sich ausbreitende „Graswurzelbewegung“ – getragen von immer mehr Einzelnen, die Freiheit und Eigenverantwortung fordern und ausüben – trifft auf eine aus der Vergangenheit herüberkommende Gegenströmung, von der sie immer wieder unterworfen wird. Mit der Gegenströmung meine ich die staatliche Machtausübung.

Die demokratische Graswurzelbewegung entwickelt sich von unten nach oben. Sie strebt an, die Legislative, also die Gesetzgebung, und die Exekutive – also die Regierung mit ihrem Beamtenapparat – mit demokratisch gewählten Vertretern zu besetzen, so dass diese dann im demokratischen Sinne wirken.

Die staatlichen Herrschaftsstrukturen als Herrschaft von oben nach unten sind Relikte aus uralten Zeiten. Bekanntlich standen in den alten Hochkulturen – besonders deutlich wahrnehmbar in den Überlieferungen aus dem alten Ägypten – eingeweihte Herrscher an der Spitze der Reiche; im Mittelalter noch erkennbar an den drei Herrschaftsinsignien der Könige und Kaiser: dem Reichsapfel als Symbol der Weltkugel, der Krone als Symbol der Einweihung und dem Zepter – in der Regel ein in eine Spitze auslaufender etwa armlanger Stab – als Symbol der weltlichen Macht. Das Neigen des Zepters war das Zeichen der gewährten Gnade des Herrschers. Das höhere Wissen eines eingeweihten Herrschers kam in der überlieferten Herrscherbezeichnung „von Gottes Gnaden“ zum Ausdruck.

Die Einweihungssymbole und das Gottesgnadentum verschwanden mit dem Aufkommen der Demokratien. Was aber blieb, war die von oben nach unten gehende Organisation der staatlichen Herrschaft. Ohne diese dürften aber die gegenwärtigen Staaten in Gewalt und Anarchie untergehen.

Die staatliche Herrschaft kann aber auch anders gedacht werden als von oben nach unten, nämlich von unten nach oben. Damit würde sie ebenfalls demokratisiert und die gesellschaftliche Ordnung, die den Bürger vor Gewalt und Verbrechen schützt, bliebe erhalten.

Damit, dass die Legislative und Executive demokratisch gewählt werden, hat sich an der Herrschaftsausübung wenig geändert. Statt von der Adelsklasse werden die Bürger jetzt von Ihresgleichen beherrscht. Wenn sie sich nicht dazu entschließen, in einer der bestehenden Parteien mitzuarbeiten, beschränkt sich ihre Partizipation am politischen Leben auf das Wählen. In einer Partei mitzuarbeiten, verlangt aber einiges, denn Familie und Beruf müssen vernachlässigt werden. Ist das erste Ziel, Abgeordneter zu werden, erreicht, muss der Beruf schließlich ganz an den Nagel gehängt werden. Der Weg dorthin wird „Ochsentour“ genannt, denn von der relativen bürgerlichen Freiheit geraten die politisch Aktiven in machtorientierte Parteistrukturen. Diesen müssen sie sich anpassen, wenn sie aufsteigen wollen, aber auch noch, wenn sie ihr erstes Ziel,

ein Abgeordneter zu sein, erreicht haben, denn sonst werden sie nicht wieder aufgestellt.

Das öffentliche Leben ist durchzogen von Parteikämpfen. Unablässig ringen die Parteien darum, an die Macht zu kommen oder an der Macht zu bleiben. Diese Parteikämpfe spiegeln sich in den Medien und werden von diesen – je nach politischer Richtung – aufgebauscht oder runtergespielt. Dadurch werden die Medien zu einer weiteren – aber diesmal von niemandem gewählten – politischen Macht, von der die Parteien und ihre Politiker abhängig sind.

Die genannten Fakten sind der kulturell und wirtschaftlich führenden Schicht bekannt, weshalb ihre Mitglieder in der Regel keine politische Karriere anstreben, und man unter Politikern, wie schon vielfach festgestellt – neben fähigen und begabten Menschen, die es unter ihnen selbstverständlich auch gibt –, besonders viele Ehrgeizlinge und Berufsflüchtlinge findet, was für das öffentliche Leben und damit das Gemeinwohl nicht gerade förderlich ist.

Der Ausweg aus dieser Misere ist die staatliche Organisation von unten nach oben. Meines Wissens ist sie bisher – jedenfalls in Deutschland – nicht öffentlich diskutiert worden. Um das Verständnis für diesen Ausweg zu wecken, möchte ich – ehe ich ihn beschreibe – auf zwei Fakten des politischen Lebens aufmerksam machen, die das Parteiprogramm und die Freiheit betreffen:

- Ein Parteiprogramm und die Sicht eines einzelnen Bürgers passen in den seltensten Fällen zusammen, weil sich jeder Mensch in einer individuellen Situation befindet. Er hat seine eigene Vergangenheit, seine eigenen Erfahrungen, sein eigenes Teilwissen – ein vollkommenes Wissen hat niemand – und seine persönlichen Motive, nach denen er handelt. Die AfD hat beim letzten Bundesparteitag am 30.4./1.5. dieses Jahres ein riesiges, umfassendes, in Basisgremien erarbeitetes und vorher intern abgestimmtes Parteiprogramm beschlossen, mit dem sie sich gegenüber den „Altparteien“ positioniert. An der Vorabstimmung der Parteitagsvorlage konnte sich jedes Parteimitglied beteiligen.

Wie stehen jetzt die einzelnen Parteimitglieder zu diesem Programm? So gut wie niemand wird sich in allen Punkten wiederfinden. Die Zustimmungsrate geht vielleicht von 96% bis zu 51%, darunter beginnen dann spätestens die Parteiaustritte.

Ebenso wenig wie ein Parteiprogramm und ein individueller Mensch zusammenpassen, kann ein Parteiprogramm eine neu auftretende Situation abdecken. Es kann dann bestenfalls eine Orientierungshilfe sein.

- Wer Freiheit für sich fordert, muss sie auch für andere fordern, und er muss sie den anderen auch gewähren. Die anderen sind aber in der Regel anderer Meinung als man selbst, weil sie sich, wie bereits gesagt, in einer anderen Situation befinden und daher das Leben aus einer anderen Perspektive betrachten. Die unterschiedlichen persönlichen Standpunkte kommen im sozialen Leben aber gewöhnlich nicht in der Deutlichkeit zum Ausdruck, wie sie tatsächlich bestehen, weil die meisten Menschen höflich sind, den anderen nicht verletzen möchten und einem unfruchtbaren Streit lieber aus dem Wege gehen.

Jede Form eines imperativen Mandats, das den handelnden Politiker von unten bestimmt, widerspricht dem Grundsatz, dass Freiheit für sich nur fordern darf, wer auch bereit ist, sie anderen zu gewähren. Bei einer freien Gesellschaft muss man riskieren und ertragen, dass der Gewählte nicht so handelt, wie man es erhoffte. Dafür hat man bei der nächsten Wahl die Gelegenheit, ihn nicht wieder zu wählen.

Nach diesen Vorbemerkungen jetzt der Weg, der meines Erachtens aus den bestehenden Schwierigkeiten herausführen wird:

Wie die Demokratien aus Bewegungen von unten nach oben entstanden, müssen auch die staatlichen Herrschaftsstrukturen von unten nach oben umorganisiert werden, um eine fruchtbare und friedliche politische Entwicklung einleiten zu können. Das führt zum Modell einer Stufendemokratie.

Die unterste Stufe ist die Gemeindeebene oder bei kreisfreien Städten die Stadtteilebene. Heute sind die Gemeinden vielfach verarmt und verschuldet. Das würde sich grundlegend ändern, wenn die bestehenden Eigentumsverhältnisse mit einer Frist von z.B. 33 Jahren in Erbbaurechtsverträge mit den Gemeinden umgewandelt werden, die so gestaltet sind, dass die Besitzverhältnisse an den Immobilien bestehen bleiben, aber die Grundstücke nicht mehr gehandelt, sondern nur noch in Erbbaurechtsverträge von den Gemeinden vergeben werden können.

In der Stufendemokratie sind die Gemeinden die Basis des politischen Lebens. Hier kennt man sich gut genug oder kann sich leicht genügend informieren, um die Gemeindevertreter nach ihrer persönlichen Qualifikation in den Gemeinderat wählen zu können. Nach erfolgter Wahl entsendet der Gemeinderat durch geheime Wahl eines seiner Mitglieder in den Kreistag oder den Stadtrat und wählt aus seinem Kreis den Bürgermeister.

Die Kreistage oder die Stadträte sind die zweite Stufe der Stufendemokratie. Ihre Mitglieder sind nicht mehr direkt vom Volk gewählt, sondern von den Gemeinde- oder Stadtteilräten. Sie sind nicht mehr von übergeordneten Parteimitgliedern abhängig, an deren Vorgaben sie sich zu halten haben, sondern vertreten ihre Gemeinde nach bestem Wissen und Gewissen im Kreistag oder dem Stadtrat. Ihr politisches Interesse fällt mit ihrem persönlichen Interesse zusammen, da sie ja zum Wohle ihrer Gemeinde wirken möchten. Sie bewegen sich in einem Rahmen, in dem sie nach Sachkenntnis und Informationen persönlich entscheiden können, ohne von einer übergeordneten Instanz abhängig zu sein und Vorgaben zu erhalten. Die Kreistage und Stadträte wählen dann aus ihren Kreisen oder Städten die Landräte und Oberbürgermeister sowie die weiteren öffentlichen Amtsinhaber der Kreise und kreisfreien Städte, und sie entsenden – ebenfalls aus Ihren Kreisen oder kreisfreien Städten – ihre Vertreter in den Landtag.

Damit sind wir bei der dritten Stufe der Stufendemokratie angekommen, den Landtagen, die aus ihrer Mitte den Ministerpräsidenten und die Landesregierung, sowie – der Bevölkerungszahl der einzelnen Bundesländer entsprechend – die Landesvertreter in den Bundestag wählen, der dann wieder – wir sind damit bei der vierten Stufe der Stufendemokratie angelangt – den Bundeskanzler und die Bundesregierung wählt.

Bei diesem Modell ist jede Stufe frei von parteipolitischen Machtkämpfen, so dass eine sinnvolle und sachliche politische Arbeit geleistet werden kann, die auch entsprechend qualifizierte Leute anzieht. Jede Stufe ist abhängig von der Zustimmung der untergeordneten Stufen und nicht – wie das gegenwärtig meist der Fall ist – von der Zustimmung übergeordneter Stufen.

Ergänzt werden müsste dieses Modell durch Volksabstimmungen auf Gemeindeebene, Kreis- und kreisfreier Städteebene, Landesebene und Bundesebene. Teilweise bestehen solche Abstimmungsmöglichkeiten bereits. Für die Abstimmungen auf Bundesebene kann man sich an der Schweiz orientieren, die diese ja erfolgreich praktiziert.

Damit hat man auch die Lösung für ein erfolgreiches Modell der Europäischen Union gefunden. Länder, die sich an ihr beteiligen möchten, wählen aus ihren

Parlamenten – entsprechend ihrer Bevölkerungszahl – Vertreter in das europäische Parlament, das dann wiederum aus seinem Kreis die europäische Regierung wählt. Europäische Gesetze müssen vom Europäischen Parlament beschlossen, von den Landesparlamenten ratifiziert und bei bedeutungsvollen Fragen, wie z.B. Währungsumstellungen, Sicherung der Außengrenzen und dgl. den Nationen zur Abstimmung vorgelegt werden.

Hiergegen kann man einwenden, dass dann der europäische Prozess stagnieren wird, weil die Interessen der europäischen Nationen so unterschiedlich gelagert sind, dass man sich in der Regel nicht einigen können. Das schadet aber nicht, denn es ist bereits fruchtbar, wenn die Vertreter der verschiedenen Nationen die unterschiedlichen Interessenlagen der anderen Nationen wahrnehmen und verstehen lernen. Was damit entstehen würde, wäre so etwas Ähnliches wie der seit 1495 zu verschiedenen Orten einberufene Reichstag des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, der ab 1663 (bis 1806) „immerwährend“ in Regensburg tagte, Reichsverfassungsfragen regelte und Streitigkeiten zu schlichten suchte, aber nur Beschlussvorlagen erarbeiten konnte, die dann von den Reichsgliedern ratifiziert werden mussten.

Neue Entwicklungen würden sich bei der Stufendemokratie nicht durch Beschlüsse von oben sondern durch Entscheidungen von unten ergeben. Die Gemeinden wären in ihrer Entscheidung frei, welchen Kreisen sie sich anschließen wollen. Liegen sie in dem mittleren Raum ihres Kreises, dann ist ihre Zugehörigkeit zwangsweise gegeben. Liegen sie aber am Randgebiet, dann können sie per Abstimmung beschließen, sich dem Nachbarkreis anzuschließen. Das würde in wenigen Jahrzehnten zu Neubildungen der Kreise führen, die den tatsächlichen Bedürfnissen der Gemeinden besser entsprechen. Es kann auch dazu führen, dass Gemeinden die Staatszugehörigkeit wechseln, so dass zum Beispiel jetzt deutsche Gemeinden sich dänischen Kreisen und damit Dänemark oder jetzt dänische Gemeinden sich deutschen Kreisen und damit Deutschland anschließen.

In gleicher Weise könnten die an den Grenzen der Bundesländer liegenden Kreise sich anderen Bundesländern anschließen, zu denen sie sich eher zugehörig fühlen und die ihrer Interessenlage besser entsprechen, und es könnten sich Bundesländer anderen Nationen anschließen. Es wäre zum Beispiel denkbar, dass sich Bayern und Baden-Württemberg Österreich anschließen, was der Mentalität und der geschichtlichen Entwicklung besser entspräche als der Anschluss an den mittel- und norddeutschen Raum.

Wenn ein wirksamer europäischer Zusammenschluss auch nur langsam entstehen würde, könnten sich doch relativ schnell regionale europäische Zusammenschlüsse unter Ländern bilden, die in vielen Dingen aufeinander angewiesen sind und besser verfahren, wenn sie sich untereinander abstimmen. So wäre zum Beispiel ein Zusammenschluss der Nationen des Alpenraumes denkbar oder ein Zusammenschluss der Ostsee-Anrainer oder ein Zusammenschluss der Balkanstaaten.

Dieses sind alles Utopien wie es unsere heutigen Staatsformen auch einmal waren. Alles Neue entwickelt sich aus dem Geist und das bedeutet aus Entwürfen, die zunächst Utopien sind. Dagegen setzt sich alles Alte durch Gewalt fort. Gewalt ruft Gegengewalt hervor und so wird das Alte schließlich zertrümmert, was wir gerade als die Zertrümmerung der alten abendländischen und erleben.

Wir erleben aber auch den Aufgang einer sich gewaltlos ausbreitenden neuen Kultur. Sie zeigt sich in dem Aufstieg der Wissenschaft und Technik, aber auch in

kulturellen Ereignissen, wie Konzerten, Ausstellungen oder Sportereignissen oder der Ausbreitung der verschiedenen esoterischen Strömungen.

Uwe Todt

Westensee, den 16.7.2016